

Ausschuß für Kommunalpolitik
51. Sitzung

07.02.1990
zi-mm

eine nationale Aufgabe wahr, zu erhöhen. Vielmehr müsse mit der kommunalen Aufsicht abgestimmt werden, welche Möglichkeiten im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes in Betracht kämen.

Abg. Wagner (CDU) hält dagegen, daß die Entwicklung der beiden deutschen Staaten an keiner westdeutschen Stadt vorbeigegangen sei und alle von einer euphorischen Stimmung erfaßt seien. Die Oberhausener z. B. wüßten, daß sie nicht in einer Musterstadt lebten, ihnen gehe es aber nicht darum, nur zum Spaß 2 Millionen aus dem Landeshaushalt zu holen. In dieser Situation befänden sich im Übrigen nicht nur die Oberhausener.

Staatssekretär Riotte (IM) faßt zusammen, auch die Stadt Oberhausen werde, wenn ihre Partnerschaft entsprechend weit gediehen sei, Hilfe erhalten. Bei den Ausgleichsstockgemeinden und den Gemeinden gemäß § 17 Abs. 3 GFG werde zusätzlich geprüft, ob auch sie zu den Mitteln, die sie vom Land erhielten, etwas beisteuern müßten und ob und wie sich eine Partnerschaft mit den sonstigen Verpflichtungen der Städte vereinbaren lasse. Er, Riotte, sei sicher, daß sich in allen Fällen positive Ergebnisse erzielen lassen könnten.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag der F.D.P.-Fraktion "Mehr Wohnungen für Nordrhein-Westfalen" ohne Stellungnahme an den federführenden Ausschuß zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Riemer (F.D.P.) erklärt sich damit einverstanden.

Ministerialrat Fischer (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie): Aus wirtschaftlicher Sicht müssen auf der einen Seite der Aspekt Arbeitsmarkt und die Frage, wie dieser mit dem Zustrom an Aus- und Übersiedlern fertig werde, auf der anderen Seite die Kulisse der Wirtschaftsförderung angesprochen werden.

Zum Arbeitsmarkt! Nach Angaben des Landesarbeitsamtes waren zum Jahreswechsel 1989/90 81 000 Aus- und Übersiedler arbeitslos gemeldet. Darunter waren knapp 54 000 Aussiedler, 14 600 oder 37 % mehr als Ende 1988. Die Zahl der arbeitslosen Übersiedler stieg von 2 570 im Dezember 1988 auf 27 870 Ende 1989 - das ist immerhin eine Verzehnfachung. Insgesamt 12 % der 669 800 Arbeitslosen waren am Jahresende Aus- und Übersiedler. In der gleichen Zeit konnten aber 20 300 Aus- und Übersiedler vermittelt werden.

Übereinstimmend werden den Übersiedlern prinzipiell recht gute Chancen eingeräumt, auf dem Arbeitsmarkt vermittelt zu werden - ich verweise auf das Gutachten des Sachverständigenrates zur Situation in der DDR. Die Aus- und Übersiedler haben jedoch in